

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Johannes Rau MdL, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Stellvertretender SPD-Vorsitzender, und Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, nehmen zu dem Luftzwischenfall Stellung. Seite 1

Franz Müntefering MdB, Obmann der Arbeitsgemeinschaft Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der Bundesregierung vor, die Probleme des Kur- und Heilbäderwesens zu ignorieren. Seite 2

Anke Martiny MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der Filmindustrie. Seite 3

Dokumentation
Die Rede von Johannes Rau auf der Veranstaltung der SPD in Bonn zum Anti-Kriegstag: "Vertragen statt Rüsten". Seite 4

38. Jahrgang / 168

2. September 1983

Schwerer Rückschlag für Vertrauensbildung

Der Luftzwischenfall erhellt schlaglichtartig die Gefahren, die sich aus der Hochrüstung ergeben

Von Johannes Rau MdL
Ministerpräsident und Stellvertretender Vorsitzender der SPD
und Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Tod von fast 300 Menschen als Folge des Luftzwischenfalls nördlich der japanischen Insel Hokkaido ist ein ebenso bedrückender wie empörender Vorgang. Die Ursache und der Hergang des Zwischenfalls bedürfen restloser Aufklärung. Die bisherigen Äußerungen der Sowjetunion sind dafür ebenso ungenügend wie unbefriedigend. Sollten sich die vorliegenden Darstellungen bestätigen, hat die Sowjetunion schwere Verantwortung auf sich geladen und in eklatanter Weise gegen die Gebote der Humanität und Mäßigung verstoßen. Unabhängig davon hat die gerade in dieser Zeit besonders wichtige Sache der Vertrauensbildung zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung schon jetzt einen schweren Rückschlag erlitten.

Der Vorgang zeigt außerdem, zu welchen Folgen die vorhandene Nervosität im militärischen Bereich führen kann. Es ist nicht auszudenken, was geschehen könnte, wenn irrationale Reaktionen dieser Art im Bereich der nuklearen Waffen Platz greifen würden. Der Zwischenfall erhellt schlaglichtartig, welche Gefahren sich allein aus dem Zustand der weltweiten Hochrüstung ergeben.

Neben die klare Verurteilung des Vorfalles und den Protest gegen Haltungen und Gesinnungen, die ihn ermöglicht haben, muß deshalb die verstärkte Anstrengung treten, dem Rüstungswahnsinn ein Ende zu machen.
(-/2.9.1983/ks/rs)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verantwortung für
inhaltliche Richtigkeit
übernimmt
Verlag



Ohne Perspektiven

Regierung ignoriert Probleme des Kur- und Heilbäderwesens

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der AG Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Auch das Bündel Fragen sozialdemokratischer Abgeordneter zu den Rückgängen bei Kuren und den daraus resultierenden Problemen der Kurorte und Heilbäder hat die Bundesregierung offenkundig nicht zum Nachdenken angeregt. Ja, das sei so mit den Rückgängen, antwortet sie; Gründe gebe es mehrere, die Angst vor der Arbeitslosigkeit sei da wohl besonders gewichtig, in Rezessionszeiten sei das übrigens auch schon früher so gewesen, Zahlen zu Insolvenzen oder zur Kurzarbeit in Kur- und Heilbäderbetrieben kenne man nicht, auch nicht die besondere aktuelle Auswirkung für Orte in strukturschwachen Gebieten, die Selbstbeteiligung von 10 DM je Kurtag sei vielleicht oder vielleicht auch nicht mitursächlich für die Rückgänge und im übrigen werde man bis Ende 1984 zu diesen Fragen einen Bericht vorlegen.

Was nicht ausdrücklich gesagt wird, aber offensichtlich ist: Es wird mit dem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen und dem Absinken der Massenkaufkraft noch schlimmer werden für die Kurorte und die Heilbäder und die dort Beschäftigten. Die Ergebnisse dieses Jahres in vielen Fremdenverkehrsorten müßten da Warnung genug sein. Kein Gedanke, keine Andeutung also über die Wiederholung bekannter Tatbestände hinaus. Man läßt das so laufen und polt in Ruhe um: Von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben sagt man - aber von unten nach oben, macht man.

Es wird Zeit, die Bedeutung des Kur- und Heilbäderwesens für die Gesundheit unseres Volkes und für die Struktur der betroffenen Gemeinden auf die Tagesordnung zu bringen und offen und öffentlich zu diskutieren. Es geht nicht mehr um ein paar Prozent Kurgäste mehr oder weniger, sondern um Grundsätzliches. Andernfalls wird Ende dieses Jahrzehnts das deutsche Kur- und Heilbäderwesen zu einer exklusiven Miniatur geschrumpft sein. Die Regierenden stellen sich einstweilen taub. (-/2.9.1983/ks/rs)

+ + +



Mach Dir ein paar schöne Stunden...

An der deutschen Filmwirtschaft hängt mehr als nur das Kino

Von Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn von Beschäftigung und Arbeitsmarkt die Rede ist, dann denkt man gewöhnlich nur an die ganz großen Branchen: Maschinenindustrie, Handel, Verwaltung. Aber zu den vielen Sparten, die ihr Teil dazu beitragen, daß Menschen Arbeit haben, zählt auch die deutsche Filmwirtschaft.

Mag der Marktanteil, den der deutsche Film bei den in den Kinos gezeigten Produkten hat auch abgenommen haben in den letzten 20 Jahren, so hat dies auf die deutsche Filmwirtschaft insgesamt bisher keine katastrophalen Folgen gehabt. Das könnte sich allerdings ändern.

Ohne die bei der Filmherstellung vorübergehend engagierten Darsteller, Techniker usw. sind annähernd 24.000 Menschen in der Filmwirtschaft tätig; fast zwei Drittel von ihnen im Filmtheaterbereich. 2.160 Unternehmen üben ausschließlich oder überwiegend filmwirtschaftliche Tätigkeiten aus, ihr Umsatz belief sich auf mehr als drei Milliarden DM im Jahre 1981.

Was nun das Kino angeht: So ist die Kinozahl auch im Jahre 1982 gewachsen, allerdings wurden die 112 neuen Kinos meist aus den alten "herausgeschnitten", denn die Zahl der Kinos mit weniger als 300 Plätzen hat sich weiter erhöht. Fast 1.300 Filmtheaterunternehmen weist die Bundesstatistik für 1981 aus, die insgesamt mehr als 3.500 Spielstellen betreiben.

Und wer geht nun ins Kino? Vier Fünftel aller Filmbesucher sind zwischen 14 und 29 Jahren alt, wobei der Anteil der Männer wesentlich größer ist als der der Frauen. Mehr als sechs Zehntel der Kinogänger sind besser ausgebildet als der Durchschnitt, obwohl diese Gruppe an der Gesamtbevölkerung nur vier Zehntel ausmacht. Einen besonders hohen Anteil an den Kinogängern machen die - schon aus Altersgründen - in Ausbildung stehenden Bundesbürger aus; diese leben überwiegend in Haushalten mit einem hohen Einkommen, das von mehreren Verdienern eingebracht wird. Damit kann man sagen, daß der Kinobesuch der jungen Leute über das Taschengeld "indirekt subventioniert" ist. Schließlich: In den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern ist der Filmbesuch erheblich größer, als man nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung erwarten sollte.

Fazit: Auch Filmwirtschaft ist Wirtschaft. Sie finanziell auszutrocknen, indem Fördermaßnahmen eingestellt werden, bedeutet, daß auch hier die Beschäftigung zurückgeht und Arbeitslosigkeit entsteht. Womit über die sich ausbreitende kulturelle Dürre in der deutschen Provinz noch gar nichts gesagt ist. Statt das Bundesgebiet zu verkabeln, was bestenfalls dem Tiefbau hilft, ließe sich für die deutsche Filmwirtschaft ein attraktiveres Förderungsinstrumentarium denken. (-/2.9.1983/vo-he/rs)

+ + +

D O K U M E N T A T I O N

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, hielt auf der SPD-Veranstaltung zum Anti-Kriegstag am 1. September in Bonn das nachstehende Referat. (Die Überschrift ist von der Redaktion gewählt).

Vertragen statt Rüsten

Die Atomkräfte müssen die Pulverfässer, auf denen sie sitzen, durch Sicherheitspartnerschaft entschärfen

I.

Der 1. September ist der Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen vor jetzt 44 Jahren und des damit beginnenden Zweiten Weltkriegs. Wir begehen diesen Jahrestag als Anti-Kriegstag: als Verpflichtung, gegen den Krieg einzutreten, gegen das gefährliche Wettrüsten unserer Zeit, das uns dem Krieg näherbringen kann. Wir bekräftigen die Selbstverpflichtung der Deutschen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Nach den Verbrechen des Hitler-Krieges, nach dem millionenfachen Leid und Tod sollte und soll dies unser Versprechen an unsere Nachbarvölker sein: Die Deutschen wollen, so gut sie es vermögen, um den Frieden kämpfen, niemals aber jedenfalls zu denen gehören, die den Krieg wahrscheinlicher machen.

Doch mit dem Satz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, meinen wir auch: Daß nicht Krieg ausgehen dürfe von Waffen, die auf deutschem Boden gelagert sind. Die Mächte, die über Nuklearwaffen verfügen, wollen nicht den Krieg; gewiß wollen sie den Frieden. Aber indem diese Waffen immer mehr werden, immer raffinierter, immer "kleiner" und zielgenauer, könnte die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes wachsen. Wo Kernwaffen so politische Waffen und Kriegsführungswaffen werden, wird es gefährlich. So hat der Anti-Kriegstag, so hat der Wille zum Frieden eine beklemmende Aktualität. Wir drängen darauf, daß gleichgewichtig abgerüstet wird. Und wir drängen auf eine Politik auf beiden Seiten, die auf Verträge setzt, nicht auf Rüstung.

II.

Krieg steht uns als Mittel nicht mehr zur Verfügung. Clausewitz' Satz, im Krieg werde die Politik nur mit anderen Mitteln fortgesetzt, war immer schon menschenverachtend - denn welcher der Kriege, die er im Sinn hatte, rechtfertigte es, daß Menschen in Massen einander umbrachten? -, vielleicht war er logisch in seiner Zeit vertretbar. Die unendlichen Zerstörungen der Weltkriege haben diesem Ausspruch aber fast alle Gültigkeit genommen. Und im Zeitalter der Nuklearwaffen ist er schlicht falsch.

Krieg wäre heute keine Fortsetzung der Politik, sondern das Ende jeder Politik. Der Frieden ist nicht alles - so hat Willy Brandt formuliert - aber ohne den Frieden ist alles nichts. Ich halte es nicht für eine Frage der Gesinnung, sondern für eine Feststellung von Tatsachen, wenn ich sage: Ein Krieg ist heute weder führbar noch gewinnbar. Wir leben - die Militärstrategen selbst haben den Begriff geprägt - im Zeitalter der wechselseitig gesicherten Vernichtung. Sie tritt ein, wenn eine der beiden Seiten mit einem Krieg beginnt. Das verändert den Begriff der Sicherheit. Es gibt im Atomzeitalter keine Sicherheit mehr durch Stärke vor dem Gegner, nur noch Sicherheit mit dem Gegner: Wenn nämlich beide gemeinsam sich bemühen, die Vernichtungskräfte gebändigt zu halten, möglichst zu reduzieren und zu beseitigen.

Ein Atomkrieg ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht begrenzbare, und darum nicht gewinnbar. Wir wissen heute, daß die ökologische Katastrophe einer nuklearen Auseinandersetzung auch jene Weltteile gefährden würde, die zunächst nicht unmittelbar betroffen wären. Ist es nicht an der Zeit, daß die Supermächte die Pulverfässer entschärfen, auf



denen sie sitzen, und deren Explosion nicht nur ihre Gegner, sondern auch sie selbst vernichten würde? Ist das nicht dringlicher, als weiteres Pulver aufzuhäufen? Entschärfen durch Sicherheitspartnerschaft - das heißt: Durch gemeinsamen Willen zur Kriegsvermeidung, Entspannung und Abrüstung. Durch Kooperation bei der Rüstungssteuerung. Ich wehre mich gegen jene, welche den Begriff Partnerschaft hier als große Annäherung verdächtig machen wollen. Wo soll es denn Annäherung, wo soll es denn Partnerschaft geben, wenn nicht im Angesicht gemeinsamer Vernichtungsgefahr?

III.

Ich bin kein Pazifist. Die SPD war und ist keine pazifistische Partei. Das liegt schon daran, daß sie als Befreiungsbewegung entstand, und Befreiungsbewegungen können ihrer Natur nach nicht pazifistisch sein. Die Idee der allgemeinen Entwaffnung ist - soweit ich sehe, mindestens seit 1868 - in der SPD so oft diskutiert und ebenso oft verworfen worden: In der richtigen Erkenntnis, daß gegenüber Bewaffneten ein Waffenloser zugleich auch ein Hilfloser und somit bald Unfreier ist.

Ich darf hier darauf hinweisen, daß von allen Parteien in der Bundesrepublik die SPD jene mit der längsten Tradition in der Frage von Demokratie und bewaffneter Macht ist. Seit Generationen haben die Sozialdemokraten eine Überzeugung gemeinsam: Das Nein zum Krieg als Angriffskrieg und zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln; aber das Ja zur Landesverteidigung, um Krieg zu verhüten und demokratische Freiheit zu sichern. Stets hat die Sozialdemokratie sich für die Sicherung gegen gewaltsame Eingriffe von Außen eingesetzt. Es gab zwar in unseren Reihen einen - wie ich meine - nicht nur verständlichen, sondern auch berechtigten Anti-Militarismus; auch Anhänger einer pazifistischen Lebensauffassung waren und sind bei uns zu Hause. Der prinzipielle Anti-Militarismus jedoch bezog sich auf Haltungen, welche die unbekümmerte Gewaltanwendung glorifizierten, mit Angriffs- und Eroberungskriegen liebäugeln oder aber das innerstaatliche Leben dem Einfluß militärischer Macht unterwerfen wollten. Im Übrigen sind wir Pazifisten insofern, als wir das Ziel anstreben, den Krieg als Mittel der Politik überflüssig zu machen - nicht aber im Sinn einseitiger Waffenlosigkeit und somit der Erpreßbarkeit durch andere.

IV.

Unser Ja zu Landesverteidigung und zum militärischen Gleichgewicht ist ein Ja zur Bundeswehr. Und dieses Ja ist ein überzeugtes und unzweideutiges Ja: Denn diese Bundeswehr ist eine demokratische Armee, und ihr Ziel ist nicht Krieg, sondern Frieden. Wir Sozialdemokraten lassen uns durchaus daran erinnern, daß wir in den 50er Jahren gegen den Aufbau einer eigenen Armee waren. Denn die Gründe für diese Gegnerschaft brauchen nicht versteckt zu werden: Wir hatten gute Gründe, die mit der Teilung unseres Landes zusammenhängen, die vermieden werden sollte. Und viele fürchteten damals, daß eine umstandslose Wiederbewaffnung so rasch nach dem Krieg zu einem Wiederaufleben obrigkeitstaatlicher, vielleicht sogar militaristischer Haltungen und antidemokratischer Denkweisen führen könnte. Die Rolle der Reichswehr in der Republik von Weimar stand vielen Älteren vor Augen. Das ist nun im besten Sinne Geschichte: Die Bundeswehr ist - in einem langen Prozeß der Selbstfindung - eine Armee geworden, die aus dem Schatten der Vergangenheit herausgetreten ist. Sie ist eine loyale Armee in einem demokratischen Staat. Dies darf uns, gerade wenn wir in geschichtlichen Zusammenhängen denken, stolz machen. Und es erfüllt mit Respekt für jene, die diesen Prozeß gelenkt haben - militärische Führer ebenso wie Verteidigungsminister, von denen drei, Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel, aus den Reihen der Sozialdemokratie kamen.

Vor allem aber - und bei unserer heutigen Veranstaltung ist mit am wichtigsten -: Die Soldaten der Bundeswehr haben als "Soldaten für den Frieden" nie einen anderen Auftrag als den der Kriegsverhütung. Wie könnte dieser Auftrag und dieser Geist der Bundeswehr deutlicher werden als durch die Tatsache, daß der militärische Chef der Streitkräfte heute an einer Veranstaltung der Sozialdemokraten zum Anti-Kriegstag teilnimmt? Mein herzlicher Willkommensgruß und mein Respekt für Sie, Herr Generalinspekteur! Die Bundes-



wehr ist eine Verteidigungsarmee, und sie weiß, daß heute unsere Sicherheit vom Ringen um die Sicherung des Friedens abhängt. Darum gehört Abrüstung auch zu ihrem Geschäft.

Ich möchte Sie bitten, Herr Generalinspekteur, den Angehörigen der Truppe eine Gewißheit weiterzuvermitteln: Es wäre sehr schädlich, wenn ein verstärktes Bemühen um Abrüstung, wenn auch der breite Friedenswille in unserem Volk und die in diesem Zusammenhang bei uns wie in anderen Ländern entstandene Friedensbewegung zu einer Entfremdung zwischen Bundeswehr und Politik führen würde oder wenn bei den Streitkräften das Gefühl aufkäme, psychologisch in die Ecke gedrängt zu sein. Dem wollen und werden wir Sozialdemokraten entgegentreten - gerade indem wir darauf bestehen, daß Friedenspolitik und Abrüstungswille unlösbar zusammenhängt mit Verteidigungsfähigkeit und Gleichgewicht. Und wo es Mißverständnis, wo es gar Haß oder Diffamierung gegen die Bundeswehr gibt, werden wir dem entgegentreten. Umgekehrt aber sind wir davon überzeugt, daß eine kritische Diskussion der bisherigen Strategie der einzige Weg ist, eine realistische Haltung zur Landesverteidigung in den Köpfen der Menschen, besonders der Wehrpflichtigen, zu erreichen. Sobald die Menschen fürchten, daß unsere Militärstrategie die Zerstörung dessen, was verteidigt werden soll, voraussetzt oder jedenfalls wahrscheinlich macht, werden wir Mißtrauen und Ablehnung herausfordern. Ich bitte also auch die Angehörigen der Bundeswehr, die kritischen Fragen der Friedensbewegung und die öffentlichen Diskussionen nicht als "laienhaft" abzutun, sondern ernsthaft und verantwortlich aufzunehmen. Wir Sozialdemokraten halten es für unsere Pflicht, diese Fragen zu diskutieren.

V.

Verteidigungsfähigkeit und Abrüstungsbemühungen: sie beide zusammen bilden die Grundpfeiler des NATO-Bündnisses seit 1976. Und an beiden muß festgehalten werden. Ich sage das nicht beiläufig. Es ist ja allzu offensichtlich, daß der Wille zu Entspannung und Abrüstung geringer geworden ist zwischen den Supermächten. Geringer, seitdem für die amerikanische Politik nicht mehr Präsident Kennedys "Strategie für den Frieden" maßgeblich ist, wie das bis Ende der 70er Jahre der Fall war. Geringer auch, seitdem in Bonn und anderen Ländern des Bündnisses das Wort "Entspannung" gemieden wird, der Harmel-Bericht nur noch formal zitiert wird und eine neokonservative Sicherheitsphilosophie die Szene bestimmt.

Unser Ruf geht an alle Beteiligten: Vertragen statt Rüsten!

Unser Ruf geht nicht minder an die Sowjetunion, daran darf es keinen Zweifel geben. Ihre SS-20-Raketen sind überflüssig, und sie sind auf unser Land gerichtet. Wir wollen sie weghaben. Aber von den Vereinigten Staaten erwarten wir Kompromißbereitschaft in Genf. Diese Forderung richtet sich nicht gegen das Bündnis, sondern sie ist eine Forderung innerhalb des Bündnisses, dessen Partner wir sind und bleiben müssen.

Der technologische Fortschritt in der Rüstung hat eine Phase erreicht, in der wir zu Gefangenen der Technik werden. Raketen mit wenigen Minuten Flugzeit - das bedeutet, daß der Angegriffene keine Zeit mehr hat nachzuprüfen, ob es sich um einen Angriff oder nur um eine Panne handelt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Leben und Tod könnte von der Politik auf die Militärs, und von den Militärs auf den Computer übergehen: Das ist die Gefahr!

Ich schließe mit dem Zitat eines Mannes, der vor genau 20 Jahren mit seiner Strategie für den Frieden den Völkern Hoffnung gab und auch der Entspannungspolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts das Fundament gab, mit einem Zitat John F. Kennedys: "Ich rede über den Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht bekommen hat... Er ist sinnlos in einer Zeit, in der tödliche Strahlungen durch den Wind, das Wasser, durch den Samen und durch den Boden in die entlegendsten Gegenden des Erdballs und zu noch ungeborenen Generationen gelangen. Wahrer Frieden muß die Summe vieler Handlungen sein. Er ist ein Prozeß, eine bestimmte Art und Weise, Probleme zu lösen. Wir können einen Abbau von Spannungen anstreben, ohne unsere Wachsamkeit aufzugeben." (-/2.9.1983/ks/rs)

+ + +

